

Arbeiterzeitung

Lageszeitung der RPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Reisepreis für den Monat drei Hg. 2 RM (halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 3 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt und Expedition: Eisenbahnhofstr. 2 / Berichts-Sammelnummer 17290 / Politisches Büro Dresden Nr. 15333. Emil Schlegel, Schreiber, Dresden-Altstadt, Eisenbahnhofstr. 2 / Berichts-Amt Dresden Nr. 17290 / Drahtanschrift: "Arbeiterstimme", Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mo. 14-16 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Einzelpreis: Die neuromal geplante Sonderausgabe oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,30 RM, für die Reklameseite anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil 1,25 RM. Einzelne Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Redaktion Dresden-Altstadt Eisenbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Räumen höherer Gehalt besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Aufzähllung des Bezugssatzes

3. Jahraana

Sonnabend, den 26. Februar 1927

Nummer 48

Zum Bezirksparteitag

Von Erich Melcher.

In einer Situation, wo die vielen hundert Millionen arbeitenden Kolonialarbeiter auf dem Kongress in Brüssel ihre ungeheuren Energien organisatorisch vereinigten zum Kampf gegen den Imperialismus, in einer Zeit, wo die absolute Kapitalsmacht der Welt, England, von der nationalrevolutionären Freiheitsbewegung in China Schlag auf Schlag erhält und die revolutionäre Armee der chinesischen Arbeiter und Bauern vor den Toren Shanghais ziehen, die englische Regierung Russland offen mit Krieg bedroht und die SPD durch den Vorwärts-Granatenwurm dem englischen Imperialismus bewußt Auftriebsquelle liefert, in einer Zeit, wo die deutsche Arbeiterschaft in allen Industriestandorten organisiert zur Erklärfung des Achtstundentages, die Leipziger Metallarbeiter dem deutschen Proletariat den Beweis liefern, daß auch in heutigen Wirtschaftskämpfen nicht erfolglos sind — in einer derartigen Situation tritt unser Bezirksparteitag zusammen.

Die weltpolitische und wirtschaftliche Lage ist von der verfehlten Einführung genauso stark unterdrückt wie die politische. Der allgemeine Rahmen der Aufgaben der kommunistischen Partei Deutschlands mußte dort im Rahmen der Aufgaben der kommunistischen Weltbewegung umgestellt werden. So wie der bevorstehende Reichsparteitag die Aufgaben der Partei bis ins einzelne für Deutschland festzustellen haben wird, wird der Bezirksparteitag die den Arbeiten der Partei — den Erfolgen und Misserfolgen — im Ostsachsen die Schlüssefolgerungen ziehen und für erfolgreiche Parteiarbeit in Gegenwart und Zukunft.

Das zentrale Problem der Partei ist die Gewinnung der Massen. Das ist die Aufgabe näher und weiter zu bewältigen, wie sie Wahlen in Sachsen, die ungeschworene Zulassung werktätiger Massen am Kongress der Werktäler, die immer mehr sichtbar werdende, wenn auch noch schwach ausgetretene Opposition breiter sozialdemokratischer Arbeiterschaften gegen die reformistischen und traditionellen SPD-Führer. Zu untersuchen wird der Verteilungswettbewerb, wie wir arbeiten müssen, um den Platz der Partei in den Massen der Werktäler zu erhalten. Die Organisation unserer Arbeit wird aus diesem Grunde auf dem Bezirksparteitag die Hauptrolle spielen.

Chancen übertriebenen Hoffnungen hinzugeben, kann nur Kommunisten aus vollster Überzeugung tun: Die Zeit arbeitet für uns. In Sachsen wie im Reich antworten die Regierungen der Trustkapital: hier unter bestehender Duldung, dort mit aktiver Unterstützung der Deutschen Nationalen. Diese Tatsachen beleuchten den Grund der Lage. Die industrielle Konzentration nimmt raschende Fortschritte an. Das Trustkapital beherrschst fast alle Bereiche der deutschen Wirtschaft, es führt eine unumstößliche Monopolie aus und bestimmt diktatorisch die Preise. Während das Arbeitsstempo gegenüber dem Kriegszeitpunkt um rund 50 Prozent höher liegt, ist die Arbeitslosigkeit jetzt mehr als doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Und doch steht die deutsche Industrie erst am Anfang der Rationalisierung. Will der deutsche Kapitalist erneut seine alte Weltbeherrschung erlangen, so muß in der Industrie das laufende Band von der Ausnahme zur Regel werden, um den aussichtslosen, insbesondere den amerikanischen Kapitalismus auf dem Weltmarkt mit Erfolg zu überflügeln. Die Folge dieser Reformen als "Gefüngniskrise" bedarfene Wirtschaftspolitik muß sein: eine weitere Stilllegung von Betrieben, eine noch größere Freisetzung von Arbeitsschichten, eine noch stärkere Verschärfung der Klassengegensätze. All die Hoffnungen und Illusionen, die die Massen unter Einfluß der Reformisten an die Stabilisierung hängen, müssen nicht und mehr schwanden, die Linksbewegung der werktätigen Mittelschichten zwangsläufig wachsen.

Wie die starke Beteiligung am Kongress der Werktäler zeigte, reicht der Unmut gegen die Diktatur der Trusts bis weit in die Kreise der kleinbürgerlichen Mittelschichten, die durch den Druck der Trusts und Monopole zur Lebenslage zu rebellieren beginnen. Auch die Wahlen in Sachsen haben für diese Feststellung Beweis geleistet. Die kleinbürgerlichen Mittelschichten, die bislang bei allen Wahlen das Gros der Wähler für die alten Parteien ausmachten, sind auf Grund der Verschärfung ihrer Existenzbedingungen zur Gründung neuer Parteien entschlossen, im Glauben, sich nach links zu entwenden. Die Wirtschaftspartei und die "Ausweiter" dürfen durch ihre kapitalistische Politik jetzt schon ihren Anfang genau so enttäuscht haben, wie vor nicht langer Zeit die Deutschen Nationalen, die entgegen ihren billigen Versprechungen, die Aufwertung allein im Interesse der Großindustrie und der Bananen reichsgefechtlich durchführten. Wenn die Partei den Geist des "Offenen Briefes" auf die jeweilige Situation weiterhin konkret aufmerksam machen, werden durch die Herrschaft der Trustkapitalisten die Kleinbauern, die Kleingewerbetreibenden und breite Teile der Kopfarbeiter über die Sozialdemokratie nach links zur kommunistischen Partei gedrängt werden, weil

Die RPD stimmt für Herdt

Unterstützung der Klassenjustiz

Berlin, 26. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

In der gestrigen Reichstagssitzung behauptete der Sozialdemokrat Grabauer bei der Beratung der 2. Resolution des Reichsjustizrates, alle politischen Straftaten, die im Zusammenhang mit dem Reichswehrkreismarsch in Sachsen begangen wurden, seien durch die fachliche Umstände oder durch "Einzelgründen" erledigt. In Wirklichkeit lagen noch Opfer der sächsischen Justiz aus jener Zeit in den Gefängnissen und schwanden noch Verfahren wegen dieser Vorgänge. Der berühmte Justizminister a. D. Eminge wies darauf hin, daß seiner "Justizreform" im Jahre 1923 alle bürgerlichen Strafen und auch die SPD zugestimmt haben. Damit schloß die Generaldebatte, und das Gehalt des deutchnationalen Reichsjustizministers Herdt wurde von dem Bürgerblock bis zur Sozialdemokratie gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt. In der weiteren Debatte sprach sich Genosse Höllerin für Abschaffung des Befreiungsvorparagraphen aus und brandmarkte die Buchdrucker und Buchhändlerurteile sowie die Hochverratsprozeße als schärfste Kennzeichnung der Nachjustiz. In der Abstimmung wurde der von den Kommunisten gestellte Antrag auf Streichung des Gehalts für den Staatssekretär Töls und Beseitigung von Mitteln für die Note Hilfe mit den Stimmen aller kapitalistischen Parteien und der SPD gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Die Bekämpfung des sächsischen Gefandten sind absolut unrichtig. Wahr ist, daß heute noch Verfahren gegen Personen, die bei dem Reichswehrkreismarsch mit den Soldaten in Konflikt kamen, eröffnet werden. Daß der Sozialdemokrat Grabauer eine solche Erklärung abgibt, ist nicht weiter verwunderlich, es ist die Aufgabe dieser Sozialdemokraten, die Klassenjustiz zu verteidigen. Bedenklich an der Tagung des Reichstags und der Abstimmung ist, daß die SPD das Gehalt des deutchnationalen Herdt bewilligt hat. Hier zeigt sich, wie ernst es die SPD mit dem Kampf gegen die Bürgerblockregierung meint. Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter, was sagen die Mitglieder des Reichsbanners zu dieser Haltung ihrer Führer?

Die Bekämpfung des sächsischen Gefandten sind absolut unrichtig. Wahr ist, daß heute noch Verfahren gegen Personen, die bei dem Reichswehrkreismarsch mit den Soldaten in Konflikt kamen, eröffnet werden. Daß der Sozialdemokrat Grabauer eine solche Erklärung abgibt, ist nicht weiter verwunderlich, es ist die Aufgabe dieser Sozialdemokraten, die Klassenjustiz zu verteidigen. Bedenklich an der Tagung des Reichstags und der Abstimmung ist, daß die SPD das Gehalt des deutchnationalen Herdt bewilligt hat. Hier zeigt sich, wie ernst es die SPD mit dem Kampf gegen die Bürgerblockregierung meint. Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter, was sagen die Mitglieder des Reichsbanners zu dieser Haltung ihrer Führer?

Die in der Tat die einzige Partei ist, die eine im Interesse aller Werktäler gelegene Politik führt.

Aufgabe des Bezirksparteitages muß es sein, über die Parteorganisation es der gesamten Arbeiterschaft degressiv und verständlich zu machen, daß keine Lohn- und Arbeitskämpfe in der Epoche der Diktatur des Trustkapitals nicht mehr genügen, daß ein erfolgreicher Kampf gegen das Unternehmertum einen erfolgreichen Kampf gegen das Staatsoberhaupt voraussetzt. Der Bezirksparteitag muß beitreten, es der geläufigen Organisation zu lehren, wie wir höher und besser als bisher in der jeweils möglichen Form die Massen durch ihre Wirtschaftskämpfe an die Schranken des bürgerlichen Staates, der bürgerlichen Demokratie, der bürgerlichen Ordnung heranführen. Im Kampf und durch die eigene Erfahrung müssen die Massen von der unumgänglichen Notwendigkeit der revolutionären Durchbrechung dieser Schranken überzeugt werden.

Das ist die Grundlage, der Zweck und das Ziel unserer Einheitsfrontkampf, wie überhaupt unserer ganzen Politik. Für diese Politik die ganze Parteimitgliedschaft mobil zu machen, breite Teile sozialdemokratischer Arbeiter von ihren reformistischen und scheintradikalischen Führern zu lösen, im Kampf hierfür unsere Reihen zu verdoppeln und die Mehrzahl der Arbeiterklasse zu verdreifachen — das sind die Aufgaben, die vor der Partei stehen und vom Bezirksparteitag vorbereitet werden müssen.

Ohne die gründlichste Organisierung der Arbeit und ohne Anspannung aller Kräfte ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Wir müssen für die Gewerkschaftsarbeit in erster Linie die gesamte Parteimitgliedschaft interessieren. Dem kleinen Parteimitglied müssen wir durch eine gründliche, marxistisch-leninistische Schulung jene Werthezeuge liefern, die für die Tagesarbeit im Betrieb, in den überparteilichen Massenorganisationen, unter den Erwerbstümern und in den Gemeindeparlamenten Voraussetzung jeden Erfolges sind. Der Stand der Betriebsarbeit und in Verbindung damit der Umbau der Organisation auf Betriebszellen wird im Zusammenhang hiermit überprüft, die gegenwärtig noch ganz unzulängliche Arbeit auf diesem Gebiete abgestellt werden müssen.

Nach den Konflikten im AGW und in der Freidenkerbewegung hat dieser Bezirksparteitag die Rolle der Partei neben allen anderen Organisationen des Proletariats, das gegenseitige Verhältnis der Führung und der Mitgliedschaft in der revolutionären Partei sowie die Frage der Rechtsfreiheit der Partei über die Sozialdemokratie nach links zur kommunistischen Partei gedrängt werden, weil

Gerade in den letzten Tagen hat sich die Wut der Massen justiz auch im schärfsten Maße gegen die SPD-Arbeiter gerichtet. Die Landstreitkampfprojekte gegen Reichsbannerleute wegen Vorgängen während des Volksgerichts nahmen wiederum wie die Projekte gegen Kameraden der Roten Front-Schule finden täglich mehrere Prozesse wegen dieser Vorgänge statt, bei denen die Reichsbanner-Arbeitermitglieder und die RPD-Kameraden zu harten Strafen verurteilt werden, während man bekanntermassen gegen die Faschisten überhaupt nicht vorgeht. Wie erinnern daran, daß erst vor wenigen Tagen in Wilhelmshaven 11 Reichsbannerleute auf 4 Jahre 11 Monate ins Gefängnis verurteilt werden. Der Staatsanwalt hatte 11 Jahre Gefängnis verlangt. In Düsseldorf wurden 3 RPD-Kameraden zu insgesamt 28 Monaten Gefängnis und am gleichen Tage in Sondershausen 3 RPD-Kameraden zu 6½ Jahren Zuchthaus und 7 Arbeiter zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wir erinnern an die furchtbaren Urteile wegen Abtreibung, an die Hochverratsurteile gegen Seher, Drücker und Kaufmännischen, die selbst die bürgerliche Presse zur Abwehr zwangen und die die Empörung breiter Massen auslösten.

Die SPD aber stimmt für das Gehalt des Justizministers, der sich eben erst gegen die Freilassung der politischen Gefangenen gewendet und der den Klassenfeinden sein Vertrauen ausprägt. Die SPD stellt sich mit dieser Abstimmung nicht nur hinter die Klassenjustiz, sondern auch hinter den Bürgerblock. Die Sozialdemokraten fundieren ihr Bündnis mit der Hindenburg-Kauder-Regierung. Die Arbeiter müssen ihr Bündnis mit den SPD-Führern lösen.

Schriftsteller und Drucker gegen die Klassenjustiz

Berlin, 26. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Schriftverband der deutschen Schriftsteller veröffentlicht eine Erklärung, in der der Schriftverband durch Schluß der Hauptversammlung am 26. Februar gegen die leichten Urteile des Reichsgerichts, die das bisher unbekannte Delikt des bürgerlichen Hoch- und Landesverrats kontrollieren, mit äußerster Entschiedenheit protestiert. Ebenso protestiert die Groß-Berliner Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steinbrüder und verwandter Berufe in einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen die Verurteilungen von Buchhändlern, Schriftschriftern, Druckern usw. durch das Reichsgericht.

Die Bedeutung des Sieges des Proletariats über die Bourgeoisie darf zu betonen.

Nicht nur die Delegierten der Bezirkstagung, darüber hinaus auch die Funktionäre und die Mitglieder der Partei werden sich ernsthaft mit diesen Fragen beschäftigen haben, weil sie als Lebensfragen der Bewegung vor der Partei stehen.

Die Folgen des Rambolabruches

54 Stunden in der Metallindustrie

Solingen, 26. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern wurde vom Schlichtungsausschuß für das Bergische Land für die Solinger Metallindustrie ein provokatorischer Schiedspruch gefällt, in dem es u. a. heißt: Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ohne Pausen beträgt 48 Stunden. Sie kann von der Betriebsleitung nach Anordnung (das heißt ohne Zustimmung) der geleglichen Betriebsvertretung für einzelne Arbeiter und Abteilungen oder den ganzen Betrieb bis zu 54 Stunden ausgedehnt werden. In kontinuierlichen Betrieben oder Betriebsabteilungen kann die Betriebsleitung nach Anordnung der geleglichen Betriebsvertretung das Zweischichtensystem einführen. Dieses Abkommen tritt mit Wirkung am 1. März 1927 in Kraft und kann von beiden Seiten mit monatlicher Frist zum Monatsende erstmals zum 31. Dezember 1927 gekündigt werden.

Hier macht sich schon die Folge des Rambolabruches in der Metallindustrie bemerkbar. Das Einstellen des Kampfes, so z. B. in der sächsischen Industrie, gibt den Unternehmen Mut zu neuen Vorhaben gegen die Arbeiter. Solingen ist ein bedeutendes Zeichen. Die Arbeiterschaft muß daraus lernen, daß es gilt, Kämpfe zu Ende zu führen und nicht auf halbem Wege zum Siege aufzuhören.

Kemnisch, 26. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Für die Kemnischler Metallindustrie wurde vom Schlichtungsausschuß für das Bergische Land ein Schiedspruch gefällt, der neben einer geringfügigen Lohnzehröhung folgende Arbeitszeitregelung vor sieht: Am 1. März 1927 beträgt die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen 48 Stunden. Über diese 48 Stunden hinaus ist auf Anordnung der Arbeitgeber eine Mehrleistung von 6 Stunden (bisher 7 Stunden) zu einem annehmbaren Stundenlohn zu leisten. Für die am Feuer und in kontinuierlichen Betrieben Beschäftigten, die bis her 54 Stunden wöchentlich gearbeitet haben, bleibt es bei der bisherigen Regelung.